

Usbekistan

Kernland Zentralasiens auf Reformkurs

Von Hubert Thielicke

Seit seiner Wahl 2016 verfolgt Usbekistans Präsident Shavkat Mirziyoyev vielfältige Reformen, von sozialen und ökonomischen bis hin zur Außenpolitik. Die Parlamentswahlen vom Dezember vergangenen Jahres bestätigten diesen Kurs.

Von westlichen Medien weitgehend unbeachtet, fanden am 22. Dezember 2019 Wahlen in Usbekistan statt. Ihre Bedeutung sollte man nicht unterschätzen, es waren die ersten Parlamentswahlen nach der Machtübernahme durch Shavkat Mirziyoyev. Nach dem Tod von Islam Karimov, welcher das Land 25 Jahre regiert hatte, war er 2016 zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der ehemalige Ministerpräsident des 1991 entstandenen zentralasiatischen Staates leitete weitreichende sozialökonomische und gesellschaftliche Reformen ein und begann, auch die Außenpolitik auf die Erfordernisse der gegenwärtigen Lage einzustellen, insbesondere im Hinblick auf die internationale Öffnung des Landes und die Zusammenarbeit in Zentralasien. Nicht umsonst stand der Wahlprozess unter der Devise „Neues Usbekistan – neue Wahlen“.

Beträchtliche demokratische Fortschritte

Verlauf und Ergebnisse der Wahlen machten deutlich, dass die von Präsident Mirziyoyev eingeschlagene Modernisierung und Demokratisierung irreversibel ist. Insbesondere zwei Aspekte erscheinen von besonderer Bedeutung: Erstens waren es die ersten freien Wahlen seit der Unabhängigkeit 1991 und zweitens wurden sie neben vielen einheimischen auch von einer außerordentlich hohen Anzahl internationaler Beobachter verfolgt. Rechtliche Basis für die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung (Oliy Majlis) wie auch zu den regionalen und lokalen Vertretungen war das im vergangenen Jahr verabschiedete neue Wahlgesetz. Organisiert wurden die Wahlen von der Zentralen Wahlkommission, 150 Distriktkommissionen und ca. 10.300 lokalen Wahlkommissionen. Zur Wahl aufgerufen waren 20,6 Millionen Bürger; die Wahlbeteiligung betrug 71 Prozent. Für die 150 Parlamentssitze bewarben sich 750 Kandidaten von fünf Parteien. Mit 53 Parlamentssitzen wurde die Liberaldemokratische Partei Usbekistans erneut Wahlsieger, sie stellte auch bisher den Ministerpräsidenten. Ihr folgten die Demokratische Partei (36 Sitze), die Sozialdemokraten (24 Sitze), die linke Volksdemokratische Partei (22 Prozent) und die Ökologische Partei (15 Prozent), die als neue Partei auf Anhieb beträchtlichen Zulauf erhielt.

In 22 der 150 Wahlkreise hatte am 22. Dezember kein Kandidat die Mehrheit erlangt, sodass zwei Wochen später dort Stichwahlen stattfanden.

Beteiligt waren mehr als 800 internationale Beobachter, darunter Missionen der OSZE, der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) und der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ). Die Missionen von GUS und SOZ bezeichneten die Wahlen als frei, transparent und demokratisch. Die OSZE begrüßte die verbesserte Wahlgesetzgebung und -vorbereitung. Sie lobte insbesondere die Einheitliche Elektronische Wählerliste, die mittels in den Wahllokalen installierter Computer erlaubt, die abstimmenden Wähler sofort zu registrieren und damit eine doppelte Stimmabgabe zu verhindern. Allerdings, so die OSZE-Mission, hätte es an Wettbewerb zwischen den Parteien gefehlt und wäre es am Wahltag zu Verfahrensmängeln wie Abstimmung im Auftrag anderer Wähler gekommen. Der Wahlkampf lief wohl eher verhalten.

Allerdings sollte man die Messlatte nicht zu hoch legen, angesichts islamischer Traditionen, 70 Jahren Sowjetmacht und nachfolgender Abschottung unter Karimov erscheinen die in relativ kurzer Zeit erreichten demokratischen Fortschritte beträchtlich.

Dem Parlament wird nun neben der starken Rolle des Präsidenten eine größere Bedeutung bei der Fortführung der Reformen zukommen. Nachdem bereits 2014 die stärkste Parlamentsfraktion das Recht erhalten hatte, den Ministerpräsidenten zu nominieren, befindet das Parlament seit 2019 auch über die von ihm vorgeschlagenen Minister, die anschließend vom Präsidenten bestätigt werden.

Kennzeichnend für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen war ein bisher in Usbekistan ungekannter Grad von Transparenz. Das betrifft sowohl öffentliche Diskussionen als auch die Tätigkeit der Medien. Letztere soll auch durch die 2018 gegründete Universität für Journalismus und Medien weiter gefördert werden. Insgesamt wurde deutlich, dass man dabei ist, alle Lebensbereiche neu zu strukturieren und damit das bisherige System zu ändern, das bis vor vier Jahren die Entwicklung des Landes behinderte.

Neue außenpolitische Signale?

In der Außenpolitik hält Taschkent an einer multivektoralen Politik fest, d.h. an kooperativen bilateralen Beziehungen mit allen Ländern, insbesondere den Weltmächten. Als wichtige Prinzipien werden vor allem postuliert: keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, Nichtteilnahme an militärischen Blöcken, Nichtstationierung usbekischer Streitkräfte auf fremden Territorien und keine ausländischen Militäreinrichtungen im eigenen Land, Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen, friedliche Lösung von Streitfragen, insbesondere hinsichtlich der Grenz- und Wasserfragen in Zentralasien.

Zunehmend wird die besondere Rolle der GUS-Länder, in erster Linie Russlands, betont. Sein erster Auslandsbesuch führte Präsident Mirziyoyev immerhin 2017 nach Russland, wo

mehr als zwei Millionen Usbeken arbeiten und das unter anderem auch ein Kernkraftwerk in Usbekistan baut. Im vergangenen Jahr richtete Taschkent in Russland sechs Konsulate ein, Dutzende Delegationen russischer Regionen besuchten das Land, wie Ilhom Nematov, Erster stellvertretender Außenminister Usbekistans, auf einer Pressekonferenz am 20. Dezember in Taschkent berichtete.

Was die multilaterale Kooperation betrifft, so stehen für Taschkent im postsowjetischen Raum die GUS und in Eurasien die SOZ im Vordergrund, in der seit Anfang 2019 der ehemalige usbekische Außenminister Vladimir Norov als Generalsekretär amtiert. In der GUS hat Taschkent in diesem Jahr den Vorsitz inne. Nun zeichnet sich eine weitere Öffnung gegenüber dem postsowjetischen Raum ab. Intern wird eine engere Zusammenarbeit mit der von Moskau dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) geprüft, bis hin zum Beitritt. Dem dürften vor allem zwei Faktoren zugrunde liegen: der für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Usbekistans wichtige große Markt und die Tatsache, dass mit Kasachstan und Kirgistan bereits zwei zentralasiatische Nachbarländer dem Integrationsprojekt angehören. Zudem würde eine Mitgliedschaft wohl auch bessere Bedingungen für die usbekischen Gastarbeiter in Russland und Kasachstan schaffen. Die Frage EAWU spielte auch im Wahlkampf eine Rolle. So sprachen sich in einer Fernsehdiskussion mehrere Parteienvertreter für einen Beitritt zur Wirtschaftsorganisation aus.

Vor Russland ist China größter Investor in Usbekistan. Allerdings ist Taschkent bestrebt, dadurch nicht in politische Abhängigkeit zur Volksrepublik zu geraten. Für Usbekistan ist die chinesische Initiative „neue Seidenstraße“ wichtig, insbesondere im Hinblick auf Infrastrukturprojekte.

Usbekistan ist das Kernland Zentralasiens, hat Grenzen mit allen anderen vier postsowjetischen Staaten der Region und ist mit 33 Millionen Menschen auch das bevölkerungsreichste Land, Taschkent mit mehr als zwei Millionen Einwohnern die wirtschaftliche und kulturelle Metropole Zentralasiens. Bereits Präsident Karimov hatte sich für eine engere Zusammenarbeit in der Region ausgesprochen und den Vertrag über eine kernwaffenfreie Zone in Zentralasien initiiert. Der neue Präsident gab weitere Anstöße – seine Initiative führte bereits zu mehreren regionalen Gipfeltreffen, Grenzfragen wurden gelöst und Fortschritte bei der Lösung des Wasserproblems erzielt.

Als Nachbarland nimmt Afghanistan einen besonderen Stellenwert für Usbekistan ein. Im März 2018 richtete es eine internationale Afghanistan-Konferenz aus, deren Erklärung auf ein Friedensprogramm orientiert. Taschkent geht es beim südlichen Nachbarland nicht nur um Konfliktlösung, sondern sieht in dessen wirtschaftlicher Entwicklung auch Chancen für seine eigene Industrie.

Für die usbekische Wirtschaft spielen Bodenschätze eine wichtige Rolle, vor allem Gold, Erdöl, Erdgas, Kohle und Uran. In der Landwirtschaft nimmt der Anteil der Baumwolle

zugunsten von Obst und Gemüse ab. Zudem soll Baumwolle nicht mehr exportiert, sondern im Lande direkt verarbeitet werden. In der Industrie wächst die Rolle der Autoproduktion. Ausgebaut wird der Tourismus, zumal das Land hier viel zu bieten hat – Samarkand, Buchara und Chiwa zählen mit ihren architektonischen und kulturellen Highlights zum UNESCO-Weltkulturerbe. Nach Einschätzung der Weltbank gehört Usbekistan weltweit zu den zehn aktivsten Reformstaaten.

Der Artikel erschien in der Ausgabe März 2020 von *International – Die Zeitschrift für internationale Politik*, Wien.